

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Nummer: 576 13
Redaktions-Offen: 341 71

Der Abonnementspreis beträgt durch Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig
Anzeigenpreis: Die fliegende Kolonietafel oder deren Raum 100 Goldpfennig



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Simberg, Essen. Druck: H. Kammann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Biemelshauer Straße 38 42
Telefon-Nummern: 88, 89, 98
Telegramm: Altvorderb-Bochum

Die Gewerkschaften zur Reichstagswahl.

Der Reichstag, den das deutsche Volk vor vier Jahren gewählt hatte, ist aufgelöst. Die seitdem verflochtenen Jahre haben uns wenig Gutes gebracht, und wie damals, so liegt auch heute noch die Zukunft dunkel vor uns. Feindlicher Druck hat sich auf unser rheinisch-westfälisches Industriegebiet gelegt und damit die deutsche Wirtschaft an ihrem Lebensnerv getroffen. In dem Chaos außerpolitischer Vergewaltigung und innerer Zerrissenheit, wirtschaftlichen Verfalls und sozialpolitischer Reaktion wird das deutsche Volk an die Wahlurne berufen, um die neue Volksvertretung zu wählen.

Die deutschen Gewerkschaften, die größten aller Volksorganisationen, können bei diesen Wahlen nicht abseits stehen. Handel es sich doch um die Entscheidung über die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres ganzen Volkes, um die Zusammensetzung von Reichstag und Regierung, um die Fiktion der Außen- und Innenpolitik, vor allem um die Entscheidung, ob

Deutschland in Zukunft monarchistisch oder republikanisch sein soll. Die Arbeiterklasse hat von der Wiederherstellung des alten Regimes nur die alte politische Rechtlosigkeit, die alte Unterdrückung und Ausbeutung zu erwarten.

Die Erhaltung und Verteidigung der Republik muß daher für sie der Ausgangspunkt aller Erwägungen und Forderungen sein, mit denen sie in den Wahlkampf eintritt, getragen von der Erkenntnis, daß die demokratisch-republikanische Verfassung die Voraussetzung bildet für den sozialen Aufstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Ein republikanisches, demokratisches Deutschland allein bildet auch die Bürgschaft gegen neue Kriegsgefahren, sowie für eine baldige Befreiung der besetzten Gebiete durch Verträge auf dem Boden einer

festen, ehrlichen Reparationspolitik.

Die Gewerkschaften treten nachdrücklich ein für die Politik des Wiederaufbaues in allen vom Krieg betroffenen Ländern durch werklätige Arbeit.

Nicht Waffen, — — nur friedliche Arbeit kann der Welt den Frieden wiedergeben.

Die Wiedergewinnung Deutschlands erfordert eine feste republikanische Politik, die zielbewußt alle legalen Kräfte des Staates gegen die auf Umsturz der Weimarer Verfassung gerichteten Bestrebungen einsetzt, nicht aber die Militärdiktatur gegen die Arbeiter, die beste Stütze der Republik, aufbietet.

Die heimische Wirtschaft hat zwei gesunde Reserven, die ihr den Wiederaufbau gewährleisten. — das sind deutsche Organisation und Technik und deutsche Arbeit.

Ihrem Zusammenwirken wird es gelingen, den für die Wirtschaft erforderlichen Kredit zu beschaffen. Verfehlt wäre eine Wirtschaftspolitik, die

das kostbarste Wirtschaftsgut, die deutsche Arbeitskraft, in schrankenloser Ausbeutung veräußert, anstatt sie durch Schutzleistungsfähiger zu machen. Deshalb fordern die Gewerkschaften

die Wiederherstellung des gesetzlichen Achtstundentages, gerade im Interesse der Steigerung der Produktion. Die staatliche Lohnpolitik muß darauf gerichtet sein, den Arbeitern und Angestellten

einen auskömmlichen Lebenslohn zu sichern, der die Erneuerung der vollen Arbeitskraft ermöglicht. Es ist verfehlt, die Löhne unter den Friedensstand herabzubringen, um dem Unternehmertum die Kapitalbindung auf

Kosten der Arbeitskraft zu erleichtern. Das schädigt die Arbeiter an Leistung und Kaufkraft und veräußert den heimischen Markt zum Nachteil unserer Wirtschaft.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie muß durch

einen nachdrücklichen Preisabbau und durch Wiedereinführung gesunder Kalkulationsregeln gefördert werden.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die auf der Arbeiterklasse lastet, ist durch

Unterbringung der Erwerbslosen in der Urproduktion zu vermindern und die drückende Not durch eine

geregelter Arbeitslosenversicherung zu mildern. Durch Ueberführung von Erwerbslosen in die Land- und Siedlungswirtschaft würden zugleich

die Grundlagen unserer Volksernährung erweitert und die Volkskraft gestärkt werden. Mit aller Schärfe wenden sich die Gewerkschaften

gegen den Abbau des Sozialpolitik, der durch Mangel des Staates an Mitteln beschönigt wird. Dem Reich würde es nicht an Mitteln hierzu fehlen, wenn

endlich den Besitzenden dieselben Steuerlasten auferlegt würden, wie den Lohnarbeitern. — Die Arbeiterklasse kämpft für den

Ausbau des Arbeitsrechts als starken Hort der Arbeit, vor allem für die

Erhaltung der Rechte der Arbeiter im Betrieb und für ungeschmäleretes

Koalitionsrecht der Arbeitnehmer zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung. Das seit einem Jahrzehnt bestehende Wohnungselend macht die

beschleunigte Förderung des Wohnungsbaues zur Notwendigkeit. Die bestehende Wohnungszwangswirtschaft darf nur langsam und nicht ohne entsprechende Erhöhung des

Bohneinkommens abgebaut werden. Die Mittel für den Wohnungsbau sind den Ertragsrüfen der allmählichen Mietsaufwertung zu entziehen, die nicht dem Grundbesitz überlassen werden dürfen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert seine Mitglieder auf, im kommenden Wahlkampf unablässig für diese

Wahlforderungen der Gewerkschaften einzutreten und alle Kräfte aufzubieten, damit die Wägen her

militärischen und industriellen Machtpolitik zurückgedrängt werden. Sorgt dafür, daß am Wahltag eine Volksvertretung gewählt wird, die volle Bürgschaft

für ein republikanisches, demokratisches und soziales Deutschland bietet, für eine Zukunft, in der

auch der Arbeiter wieder seines Lebens froh werden und für seine Pflichterfüllung auf

Anerkennung seiner Arbeiterrechte rechnen kann.

Deutsche Arbeiter! Verbreitet diese Forderungen in allen Betrieben, in Stadt und Land, besprecht sie in allen Versammlungen, legt sie allen vor, die sich um eure Stimmen bewerben und führt sie zum Sieg!

der Millionen in einem sozialen Ringen, das die innere Anteilnahme dieser Millionen voraussetzt.

Die Gewerkschaftsbeamten müssen entlastet werden durch die ehrenamtliche Mitwirkung recht vieler Mitglieder, die irgendwelche Funktionen übernehmen haben, und durch regere praktische Mitarbeit aller Mitglieder. Das letzte ist nötig, um in der Gesamtheit jenes Maß von Kenntnis, Verständnis für die Wirtschaftslage und die Vorgänge ringsum, jenes Maß von Anteilnahme und Gemeinheitsgefühl zu erzeugen, ohne das ein erfolgreiches Handeln der Gewerkschaft in entscheidenden Augenblicken nicht möglich ist.

Die letzten Beamten müssen zunächst von dem Uebermaß täglicher Kleinarbeit entlastet werden, damit sie die Hände und vor allem den Kopf frei bekommen für die größeren Dinge, die ihnen obliegen und die in nächster Zeit mit wachsender Dringlichkeit und Schwere auf sie eintreffen werden. Alle mit bekannten Gewerkschaftsführer

reihen sich auf in einem Uebermaß von vielfältiger Arbeit, die meist nicht nur mit Verantwortung, sondern auch mit Verdruß, mit Auseinandersetzungen und Anfeindungen in den eigenen Reihen verbunden ist. Es wird kaum zu erwarten sein, daß diese Beamten sich in hohem Maße

Es handelt sich nicht nur um eine Schonung der Körperlichen und geistigen Kräfte, sondern auch um Freimachung der führenden Köpfe für die ruhige, gründliche Durchsicht der ungelösten wichtigen und schwereren Aufgaben, die vor den Gewerkschaften stehen. Um nur eines als Beispiel zu erwähnen: Die Lohnpolitik der gesamten Gewerkschaften ist wenig erfolgreich gewesen; sie hat in den letzten vier Jahren eine dauernde Verschlechterung der Lebenshaltung für die Familienmitglieder nicht verhindern können, aber zugleich sehr wesentlich zum Ruin der beruflichen Wahrung beigetragen. Gerade augenblicklich stehen wir am Beginn einer neuen Währungs- und vor der Gefahr, daß wiederum die Gewerkschaften keinen Vorteil davon haben. Diese Frage allein ist von solcher Bedeutung, aber auch von solcher Komplexität, daß man wünschen möchte, jeder Gewerkschaftsführer hätte in jedem Woche einen vollen Tag, an dem er in aller Ruhe und Gründlichkeit die Zusammenhänge durchdenken, die Meinungen und Vorschläge anderer prüfen könnte. Welches Vorstandsmitglied hat seit Jahren auch nur einmal einen halben Tag den Kopf frei für eine solche Prüfung? Solcher wichtigen und schwierigen Fragen gibt es viele. Und alle Organisation und Tätigkeit der Massen wird gänzlich erfolglos sein, wenn es den Führern nicht ermöglicht wird, sich ein richtiges Urteil zu bilden und dann die Mitgliedschaft über die gewonnenen Ergebnisse aufzuklären.

Entlastung der Gewerkschaftsbeamten.

Zu dieser Frage nimmt Dr. Heinz Potthoff in Nr. 3 der „Bergarbeiter-Zeitung“ in bemerkenswerter Weise Stellung. Er schildert einleitend, wie die Gewerkschaften über die einen immer größeren Einfluß auf das Schicksal des Landes ausüben. Die Gewerkschaften werden dadurch gezwungen, ein Gegengewicht zu bilden und aktive Politik zu treiben, weil die allgemeine Politik sehr oft die Gewerkschaftsbewegung um die Früchte ihrer Arbeit beraubt. Die Gewerkschaften werden so von wirtschaftlichen, sozialpolitischen Verbänden zu staatspolitischen Gebilden und auch ohne daß die Reichsregierung sie ausdrücklich nennt, sind sie zu Reichsorganen der tatsächlichen Reichsregierung geworden. Auf allen Wirtschaftsgeweben, im allgemeinen Staatsleben, erwachsen den Gewerkschaften neue Aufgaben. Potthoff fährt dann fort:

Um diese neuen Aufgaben erfüllen und die neue Verantwortung tragen zu können, ist nötig, daß die Organisation der Gewerkschaften, einheitlich, geschlossen wird, daß die Leitung starken Einfluß auf ihre Mitglieder hat und daß sie sich die nötigen Organe für die Durchführung der neuen Pläne schafft. Hier liegt noch eine Lücke in der Organisation: die Demokratie, die republikanische Verfassung, die alle Maßnahmen in die Selbstbestimmung der Genossen legt, ist in den Gewerkschaften nicht in genügender Weise durchgeführt.

Genießt man es ein großer technischer Fortschritt, als an die Stelle der ehrenamtlichen Geschäftsabfertigung die bezahlten Funktionen treten, die sich vornehmlich ausschließlich den Gewerkschaftsaufgaben widmen konnten. Dadurch wurde nicht nur die Geschlossenheit der Leitung, sondern auch der technische Können ganz wesentlich gehoben. Und nichts liegt mir ferner, als etwa gegen das Berufsbeamtentum in der Gewerkschaft ein Wort zu sagen, ihre Leistungen zu verkümmern oder, eine Maßnahme zu der primitiven Verwaltungsart zu empfehlen. Davon kann keine Rede sein. Trotzdem muß gesagt sein, daß die gewerkschaftliche Art, alles oder so gut wie alles den Gewerkschaftsbeamten zu überlassen, nicht mehr annehmbar ist. In allen Gewerkschaften und erst recht in den Spitzenverbänden sind die Beamten, namentlich die verantwortlichen Vorstandsmitglieder, überlastet. Nicht nur der Menge der Arbeit nach, sondern vor allem auch der Art der Arbeit nach. Durch Vermehrung der Beamten ist nicht zu helfen, denn die meisten Gewerkschaften können heute nicht die Mittel zu einer starken Erhöhung der Verwaltungsstellen aufbringen. Sie müßten aber auch deswegen nicht genügen, weil es sich heute nicht mehr um neue Verwaltungsaufgaben handelt, sondern um Fortführung

Der Manteltarif für den Ruhrbergbau

Kauf bis 30. April. Der vom Zechenverband Ende Januar gefälligte Tarifvertrag ließ bekanntlich nach der Kündigungssfrist Ende März ab. Nunmehr haben die Unternehmer in einer am 20. März stattgefundenen Sitzung des tariflichen Schlichtungsausschusses zugegeben, daß die Kündigungssfrist bis 30. April läuft.

Berichtigung.
In voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ wurde unter der Überschrift: „Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau“ bemerkt, daß Lehrlinge sowie weibliche Arbeiter in der neuen Lohnordnung nicht mehr aufgeführt würden. Diese Bemerkung beruht auf einem Irrtum. Im Schlichtungsprotokoll vom 12. März ist eine derartige Maßnahme nicht vorgesehen.

Die staatliche Wirtschaftsschule Düsseldorf.

Mit Beginn dieses Jahres brachte die staatliche Wirtschaftsschule in Düsseldorf einen glänzenden Prospekt heraus, der über ihren weiteren Ausbau Auskunft gibt. Er ist durch das Sekretariat: Düsseldorf, Adenbühlstraße 51, gegen Einsendung des Portos zu beziehen. Trotz der kurzweiligen Geminnisse, die das laufende Jahr des passiven Widerstandes und der alles zerschmetternden Gegenwertung gebracht hat, ist es gelungen, mit einer Tagesschule von 20 und drei Abendklassen von zusammen 70 Wirtschaftsschülern durchzuführen und die Arbeit im März zu beenden.

Am 16. Mai d. J. wird der neue Jahrgang eröffnet werden. Die Organisation der Wirtschaftsschule ist dadurch erweitert worden, daß dem Studienjahre von nun an ein Jahr Fernunterricht für diejenigen vorausgeht, die noch in der Arbeit stehen, um eine gründlichere Vorbereitung und eine bessere Ausbeute zu ermöglichen. Die Wirtschaftsschule stellt hohe Anforderungen an die geistigen und moralischen Kräfte ihrer Schüler. Nur wer wirklich alle Kräfte einzusetzen vermag, sollte sich melden.

In die einzelnen Organisationen wendet sich die Wirtschaftsschule mit der bitenden Bitte, ihre Arbeit zu unterstützen. Die ausgeübte politische Tätigkeit der Gewerkschaften hat es leider mit sich gebracht, daß in der vergangenen Zeit die Schulungsarbeit zurückgehen mußte. Nun ist die Zeit der Depression und der Betrügnung es und es wäre bringend zu wünschen, wenn beim Wiederaufbau der Gewerkschaften die Wirtschaftsschule trotz der gegenwärtigen Krise weiter gefördert würde. Es gilt, die eigenen finanziellen Mittel zu prüfen. Grundsätzlich Arbeiterbildung ist in einer Zeit, in der alles zusammenzubröckeln droht, eine Lebensfrage der Gewerkschaften. Sollen aber die eigenen Mittel in diesem Jahre nicht ausreichen, genügen keine Unterhaltungen der Schulkasse. Anbetracht dessen sollten sich die Gewerkschaften bemühen, Freistellen für ihre Teilnehmer von Seiten des Staates, der Städte und Provinzen zu erhalten. Arbeiterausbildung ist eine dauernde nationale Notwendigkeit, gehört zu den Lebensfragen eines modernen Staates. Es kann gar nicht unter die Sparmaßnahmen fallen, wenn die Wirtschaftsschule in keine Schule wie andere Schulen, sondern eine in Deutschland viel zu sehr vernachlässigte große Idee, für sie gilt es mehr als bisher alle Kräfte zusammenzuführen. Die staatliche Arbeit tut es nicht allein. Sie muß durch eine freie und kräftige Bewegung unterstützt werden, die in ihrer Unternehmungslust nicht müde wird. Insbesondere wendet sich die Wirtschaftsschule mit ihrer Arbeit an das besetzte Gebiet, mit dem sie eng verbunden ist. Der deutsche Westen mit seinem besonders schwierigen Leben und seiner Fülle von nationalen und internationalen Schwierigkeiten braucht Männer und Frauen auch aus den weiten Schichten der Bevölkerung, welche verständnisvoll und tatkräftig an dem Wiederaufbau unseres Volksebens und den Beziehungen der Väter untereinander mitarbeiten können.

Dr. Seelbach.

Die staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf bearbeitet (siehe Nr. 24). Unter Leitung von Vertretern der Gewerkschaften und Gemeindeführern, sowie Gewerkschaften aller Richtungen leitete der Direktor Dr. Seelbach die Umschulungsarbeiten ein, die einen Ueberblick über die Arbeitsweise der Wirtschaft und die erzielten Erfolge vermitteln. Die Leistungen der Schüler zeigen, daß sie im abgelaufenen Schuljahr trotz widriger äußerer Umstände, z. B. der Ruhrbesetzung und ungenügender Finanzierung des Instituts, die Grundlagen einer wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Bildung zu verschaffen wußten. Das Mitte 1923 gegründete Institut nimmt heute in dem Bildungswesen des industriellen Westens eine anerkannte Stellung ein. Zur Eröffnung kamen 22 Schüler, die den freien, öffentlichen und kirchlichen Gewerkschaften angehören. Um es den Schülern zu ermöglichen, ihre Studien im Ausland fortzusetzen, ist ein Austausch mit gleichartigen Bildungseinrichtungen aller anderen Länder angebahnt. Schon in diesem Jahre gehen 4 bis 6 der entlassenen Schüler nach England, wo sie im Ruston-College in Oxford Aufnahme finden werden.

Soziales Recht • Arbeiterverpflegung.

Hilfe für die Erwerbslosen.
Der Bundesauschuß des ADGB, nahm in einer am 18. März abgehaltenen Sitzung zur Erwerbslosenfrage folgende Entschliebung an:

Die zur Zeit für die Erwerbslosen geltenden Unterhaltungsätze erfordern eine sofortige wesentliche Erhöhung. Die Unterhaltung der Erwerbslosen ist im Verhältnis zum Lohn und zu den Lebenshaltungskosten immer weiter zurückgefallen und bedarf nicht mehr die allerersten Ausgaben. Schon allein die Erhöhung der Wohnungsmiete hat für die Erwerbslosen völlig unerträgliche Zustände geschaffen. Tritt die unmittelbare bevorstehende weitere Erhöhung der Miete ein, so wird die Erwerbslosen kaum mehr als den Betrag dieser Miete an Unterhaltung erhalten, so daß ihm zum Leben nichts verbleibt. Sollen keine neue sofortige Erhöhung der Unterhaltungsätze.

Der Bundesauschuß protestiert entschieden gegen die neuerdings besonders durch die meiste Regierung betriebene, im höchsten Grade ungenügende Ausgestaltung zahlreicher Erwerbsloser von der Unterhaltung. Trotzdem die Arbeiter hohe Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge zu zahlen müssen, werden ganze Gruppen von Erwerbslosen von der Unterhaltung ausgeschlossen. Es muß daher schnellstens die Beitragspflicht durch ein Unterhaltungsrecht ergänzt werden.

Reich und Länder werden aufgefordert, sofort Notstandsbeschlüsse im größeren Ausmaß in Angriff zu nehmen. Bei diesen Beschlüssen muß für die beschäftigten Erwerbslosen eine Erhaltungsgeldform angewandt werden, die einen vernünftigen Arbeitseffekt sichert. Zusatzenbere kann die Beschäftigung nur zu den allgemein geltenden Tariflöhnen erfolgen.

Der Bundesauschuß protestiert weiter gegen die von einigen Landesverwaltungen beschlossene Trennung von Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge, Verdrängung der Selbstverwaltung und Unterstellung der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge unter einseitige ministerielle und behördliche Anordnungen. Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge gehören ihrem Wesen nach zusammen, eine Trennung wäre gefährlich für die Wirtschaft und für die durch beide Institutionen zu lösenden Aufgaben. Beides, Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge, muß gemeinsam von einem Selbstverwaltungskörper durchgeführt werden.

Wirtschaftsteil

Der Sprung in die Wirklichkeit

Die Welt ist voll von ungelösten Problemen, und wenn auch nicht an allen, so doch an vielen hängt unser Lebensschicksal. In den nächsten Wochen sind Fragen zur Entscheidung gestellt, deren Lösung unserer Innen- und Außenpolitik auf Jahre hinaus das Gepräge geben wird. An dieser Lösung können und müssen wir uns beteiligen, nicht nur mit dem Stimmzettel, das ist schließlich nur ein mechanischer Vorgang, vor allem aber durch geistige Anteilnahme. Es ist zwar bequem und verrät wenig Selbstbewußtsein, die positive Stellungnahme den Anderen zu überlassen, selbst aber sich in die höheren Regionen der frommen Wünsche und radikalen Forderungen zu begeben, um dann aus allen Wolken zu fallen, wenn die wirkliche und gewünschte Welt kreischende Diskordanten aufweist. Die Inder kennen einen Begriff: Saradrahatta. Die Brahminen entwerfen die Saradrahattas und verlangen deren Annahme. Damit ist ihre Tätigkeit im wesentlichen erledigt. Die Ausführung bleibt den Parias überlassen. Bei uns setzt man für Saradrahatta das schöne Wort: Resolution, das ist der einzige Unterschied.

Golddiskontbank.

Im Vordergrund der Probleme stehen immer noch die Fragen der Währung, der Reparationen und der Konjunkturgestaltung. Einen Schritt weiter auf dem Wege der Gesundung unserer Goldverhältnisse hat man durch die Errichtung der Golddiskontbank getan. Unter dem Namen Deutsche Golddiskontbank wird unter Führung der Reichsbank mit privatem Kapital eine vom Reiche unabhängige Kreditbank errichtet, die die Befugnis hat, auf Pfund Sterling (englische Währung also) lautende Noten bis zum Gesamtbetrag von 5 Millionen Pfund Sterling auszugeben. An der Aufbringung des Kapitals hat sich das Ausland zur Hälfte beteiligt und zwar hat zu diesem Zweck ein internationaler Privatkonzern der Reichsbank einen Kredit von 5 Millionen Pfund Sterling gegeben, womit die Reichsbank Aktien der Golddiskontbank erwerben wird. Die andere Hälfte des Kapitals wird von einem deutschen Bankkonsortium aufgebracht. Dieser auswärtige Kredit ist zwar nicht überwältigend, wird aber wohl genügen, den deutschen Geldmarkt in etwa zu entlasten. Für Staatszwecke ist er nicht gedacht und damit kommt man an den wunden Punkt der ganzen Währungsreform. Noch immer besteht ein Zuschußbedarf des Reiches, 11,9 Goldmillionen waren es in der ersten Märdekade, gegen 47,6 Goldmillionen in der letzten Februardekade. An Steuern sind eingekommen im Januar 503 Goldmillionen, im Februar 418 Goldmillionen, aber diese Einnahmen haben nicht ausgereicht, die Ausgaben abzudecken. Der Rentenmarkkredit ist ziemlich erschöpft und man behilft sich mit kleinen Mitteln. Vor seinem Abgang hat der Reichstag die Ausgabe von Silbermünzen in Höhe von 300 Millionen genehmigt — währungsrechtlich nicht unbedenklich, immerhin ist die Grenze der von der Zirkulation tragbaren Geldmenge nicht erschaffenbar und wenn von solchen Maßnahmen auch inflatorische Folgen aufzutreten können, so braucht dies schließlich nicht unter allen Umständen zu sein.

Sachverständigen Gutachten.

Die Golddiskontbank ist eine Kreditbank, keine Währungsbank. Die Wiederherstellung einer wirklichen Goldwährung ist in Deutschland an die Regelung der Reparationsfrage geknüpft. Die internationalen Sachverständigen, deren Berichte allorts mit großer Spannung erwartet werden, beabsichtigen die Errichtung einer Goldnotenbank, die nicht nur die Währungsregulierung, sondern auch die Wertbeständigkeit der in Deutschland einlaufenden Reparationszahlungen sichern soll. Dieses Ziel liegt jedoch noch in der Ferne. In der Welt hat ein großes Rätselraten eingesetzt, was nun eigentlich in dem Gutachten der Sachverständigen stehen würde. Kombinationen sind müßig und nur zu oft klingt bei den Ratern der Wunsch nach dieser und jener Gestaltung der Dinge durch. Jetzt besteht kein Zweifel, daß bei manchen deutschen Sachkennern, wie der Reichskanzler in einer Grabrede für den entschlafenen Reichstag betonte, die Hoffnungen der ersten Zeit sich allmählich in Befürchtungen zu verwandeln drohen. Schwer werden die Lasten sein, die man uns aufbürden wird, das deutsche Volk muß aber die Ueberzeugung haben, daß seine Anstrengungen zur Abtragung der Schulden das Wiedererringen seiner außenpolitischen Freiheit bringen. Auch die Arbeiter werden an ihrem Teile mittragen müssen — wie groß dieser Teil sein wird, entscheidet das innerpolitische Machtingen.

Ausland.

In Frankreich ist eine wesentliche Besserung des Franken zu verzeichnen. Die gern gezogene Parallele mit der Mark stimmt

ganz, immerhin; die Ursachen der Geldentwertung bestehen auch dort weiter. Stützungsaktionen wirken nur für eine gewisse Zeit. Poincaré hat die Ermächtigungsgesetze mit knapper Mehrheit durchgebracht, die große Abrechnung dort ist am 11. Mai, danach die Kammerwahl. Poincaré hat eben wieder eine Regierungskrise hinter sich, der Kurs bleibt aber alte — wie man es zu erwarten pflegt. Die Engländer machen die bevorstehenden politischen Differenzen besonders im Bergbau Kopfschmerzen. 1 100 200 Arbeitslose sind dort trotz beträchtlicher Rückgänge immer noch vorhanden. Amerika hat seinen Oelkandal und seine Sorgen wegen der einträglichen Unterbringung seines Goldes. Die Türken haben ihren Kalifen verabschiedet. Einige internationale Handelsverträge und der Bündnisvertrag der Franzosen mit den Tschechen nahmen ein Teil der allmählichen Prozesse in Anspruch. Hinter allem aber steht die gegenwärtige Mißtrauen der Völker. Der Völkervertrag ist die Pandorabüchse für ganz Europa geworden.

Sozialpolitik.

Das Leid, das er für Deutschland brachte, wird durch die Ausdeutungen dieser Not — jeder schiebt dem andern die Schuld daran — erheblich gesteigert. Die Abkehr von der Sozialpolitik bedroht die Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft in entscheidender Weise. Durch sie werden breite Schichten des Volkes radikalisiert und damit die Aufrechterhaltung des inneren Friedens gefährdet. Auf diesem Felde blüht für Deutschland kein Weizen. Die Einsparung sozialer Anwendungen bezieht die Wirtschaft mit der Minderung der Leistungsergebnisse, die man wohl durch Raubbau an menschlicher Gesundheit und menschlichem Glück vorübergehend steigern kann, niemals aber auf die Dauer. Der Rückschlag bleibt daher nicht aus. In einer planmäßigen Menschenökonomie liegen noch unerschlossene Entwicklungsmöglichkeiten in Hülle. Deutschland hat eine Zukunft. Ein Beispiel: Der deutschen Wissenschaft ist es gelungen, ein Mittel gegen die Schlafkrankheit (Bayer 209) zu entdecken, das, wie Ausländer meinen, für unsere Gläubiger wahrscheinlich mehr wert ist, als alle Reparationsleistungen zusammen. Man braucht uns in der Welt. Der Gedanke der weltwirtschaftlichen Solidarität muß in die Hirne derer eingehen, die der Haß nicht blendet und denen die Einsicht in das innere Wesen der Weltwirtschaft nicht versagt ist.

Beschäftigungsgrad.

Noch freilich sind wir von solcher Erkenntnis fern. Unsere Wirtschaft schleppt sich hin, die Wirtschaftskrise kann noch längst nicht als überwunden bezeichnet werden. Der Beschäftigungsgrad der Wirtschaft hatte nach den Monatsberichten des Reichsarbeitsblattes folgendes Bild. Von den in den Kreis der Erhebung gezogenen Betrieben waren beschäftigt:

	gut	befriedigend	schlecht
im Januar	13 %	18 %	69 %
im Februar	18 %	21 %	61 %

Der Anteil der gut und befriedigend beschäftigten Betriebe hat also zugenommen.

In den besetzten Gebieten, für welche nur teilweise Zahlen vorliegen, muß man immer noch mit mehr als einer Million Erwerbsloser und Kurzarbeiter rechnen. Im unbesetzten Deutschland gab es am 1. März 1 177 000 Erwerbslose, das sind 10 % weniger als am 15. Februar. Kurzarbeiter gibt es im unbesetzten Gebiet noch 144 000. Der wesentliche Grund für die Besserung ist in der Festigung der Währung zu suchen. Hermand wirken die schwierigen Kreditverhältnisse hinzu treten die Rückwirkungen der Ruhrbesetzung, die auch dem unbesetzten Gebiet Kohle und andere unentbehrliche Roh- und Hilfsstoffe entziehen oder verteuern. Ungünstig wirkt schließlich auch die lang andauernde Kälte, die in weiten Teilen Deutschlands die Außenarbeiten der Landwirtschaft und des Bauwesens noch immer behindert.

Notizen.

Nach dem Kriege sind aus Deutschland ausgewandert 1920: 10 000, 1921: 24 000, 1922: 37 000, 1923: 120 000 Personen. — Zum erstenmal seit längerer Zeit haben die schwedischen Staatsseisenbahnen wieder Kohlen in Deutschland bestellt. Der getätigte Abschluß umfaßt erstweilen 20 000 To, die zu 32 / 9 s cif Stockholm geliefert werden sollen. — Vom Oberbergamt Halle wurde den Hugo Stinnes-Riebeck Montan- und Oelwerken Bergwerkseigentum in einem 2,2 Mill. qm großen Felde in den Gemarkungen Hordorf und Oschersleben zur Gewinnung der dort lagernden Braunkohle verliehen. — Im Landkreis Gera hat eine hallische Gruppe neue Braunkohlenfelder erbohrt. Große Flächen Landes wurden zur Anlage eines Braunkohlenwerkes zwischen Klein-Aga und Seligenstadt gekauft. — Es wurde kürzlich berichtet, daß lüh-

rende deutsche Eisenhüttenkonzerne sich dazu entschlossen haben, ihren Erzeugnis aus Spanien solange einzustellen, als die spanische Regierung bereit ist, die deutsche Ausfuhr nach Spanien unter den gleichen Bedingungen zuzulassen, wie sie anderen Ländern gewährt werden. Die Einfuhr spanischer Erze kam vor dem Kriege der Einfuhr von Schwedenerzen nach Deutschland gleich. — Die deutsche Handelsbilanz war im Januar stark passiv. Einer Einfuhr von 566 Goldmillionen steht eine Ausfuhr von 431 Goldmillionen gegenüber. Der Umschlag gegenüber dem Vormonat ist hauptsächlich auf dem Gebiete der hochwertigen Waren, vornehmlich der Industrieprodukte, eingetreten; ein wenig erfreuliches Konjunktursymptom. — Nach Pressmeldungen sind die polnischen Kohlenpreise um 40 Prozent herabgesetzt worden. Sie stellen sich dadurch niedriger als die Weltmarktpreise. Für den deutsch-österreichischen Kohlenabsatz ist das nicht ohne Bedeutung. — In der Gegend von Celle (Hannover) ist eine neue Petroleumquelle mit besonders hoher Leistungsfähigkeit erschlossen worden. — Im Monat Februar sind aus dem besetzten Gebiet 961 452 To. Kohle und 443 875 To. Koks auf Reparationskonto geliefert worden. Diese Menge bleibt hinter dem Lieferungsplan der Reparationskommission, der 1,8 Mill. To. vorsieht, um etwa 400 000 To. zurück. — Im Ruhrgebiet wurden im Februar 7 050 758 To. Kohle gefördert gegen 6 187 481 To. im Januar. Die arbeitstägliche Förderung betrug im besetzten Gebiet allein im Durchschnitt 1913: 348 586 To., im Januar 1924: 210 963 To., im Februar 254 858 To., Anfang März 260 427 To. — Die deutsche Gesamtproduktion an Steinkohlen im Januar 1924 belief sich auf 8 787 393 To., an Braunkohlen 9 553 316 To. (Januar 1913: 12 166 696 To. Steinkohle und 7 375 566 To. Braunkohle.)

Rückgang der Kohlenproduktion 1923.

Für den Umfang der deutschen Kohlenproduktion 1923 liegen jetzt die endgültigen amtlichen Ziffern vor, welche die sichtbare Einschränkung unserer Kohlendecke ausweisen. Bei sämtlichen Vergleichsziffern für 1922 und 1913 ist der jetzige Gebietsumfang, ohne Saargebiet und ohne Ost-Oberschlesien, eingesetzt. Ziffern in Tonnen:

	1923	1922	1913
Steinkohlen	62 224 535	119 144 522	140 753 158
Braunkohlen	118 248 735	137 072 707	87 228 070
Koks	12 703 002	29 113 070	31 667 515
Press-Steinkohlen	1 724 743	5 457 613	6 490 300
Press-Braunkohlen	26 856 111	29 466 149	21 976 744

Indexziffern.

Amtlich		Industrie- u. Handels-Ztg.	
Lebenshaltung	Großhandel	Lebenshaltung	Großhandel
4. 2. 104	5. 2. 113,9	1. 2. 110,54	1. 2. 131,68
11. 2. 103	12. 2. 115,9	8. 2. 112,83	8. 2. 131,67
18. 2. 104	19. 2. 117,5	15. 2. 112,58	15. 2. 132,44
25. 2. 105	26. 2. 118,0	22. 2. 114,49	22. 2. 134,49
3. 3. 106	4. 3. 118,7	29. 2. 114,29	29. 2. 133,90
10. 3. 106	11. 3. 119,8	7. 3. 115,21	7. 3. 134,46
17. 3. 107	18. 3. 121,4	—	14. 3. 136,17

Lohnabkommen im amerikanischen Bergbau.

Nach mehrwöchigen Verhandlungen ist die für den Ablauf des zweijährigen Tarifvertrages Ende April bestehende Streikgefahr im amerikanischen Weichkohlenbergbau beseitigt. Die augenblickliche Lohnstapel ist auf weitere drei Jahre verlängert worden. Die Bergarbeiter verlangen ein vierjähriges Abkommen, während die Unternehmer nur eine einjährige Frist bewilligen wollten. Danach ist der neue Vertrag ein Kompromiß zugunsten der Arbeiter. Dem Unternehmen hingegen gelang es, durchzusetzen, daß in Zeiten mangelnder Nachfrage für Weichkohlen die Produktion auf den Verbandszechen reduziert werden könne, um in den verbandfreien Zechen, wo der Lohn im allgemeinen niedriger steht, mehr zu fördern.

Durch den Erfolg der Bergarbeiter ist der hohe Kriegslohnstand aufrechterhalten, obgleich in den Nachkriegsjahren, besonders seit der Depression 1920, alle anderen großen Industrien einen Lohnabbau vornahmen — allerdings haben auch hier spätere Lohnerhöhungen die Löhne an den Kriegszustand wieder angenähert. Der amerikanische Warenindex, berechnet von Prof. J. Fisher, stand für den Durchschnitt Februar 53,4 Prozent über dem Vorkriegsstand, in der ersten Märzwoche 51,7 Prozent, demnach beträgt die Kaufkraft des Dollars 65,9 Prozent der Vorkriegskaufkraft.

Verantwortlich: Dr. Georg Berger, Bochum.

Internationale Rundschau.

Die Sperre über die Alpine Montangebiet

Die von unserem österreichischen Bruderband aufgehoben worden, weil die Verwaltung sich zu Verhandlungen über die Lohnregelung bereit erklärt hat.

Internationale Sommerferien des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Für die heißen Internationalen Sommerferien, die vom 21. Juli bis 2. August in Soglio Schönbrunn bei Wien und vom 18. bis 30. August in Ruskin College in Oxford organisiert wurden, werden bereits jetzt Anmeldungen entgegengenommen. In erster Linie wird auf junge Leute gerechnet, die in der Arbeiterbewegung aktiv tätig sind. Nähere Auskünfte erteilt das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, Postfach 1065.

Frankreich hat general!

Während in Deutschland harte Kräfte am Werke sind, die Betriebsräte und das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters zu beseitigen, geht man in Frankreich den anderen Weg. Der Kammer liegt ein Gesetzentwurf vor Abgeordneten der Montagnepartei, der die regionale Kammer der Produktion und intellektuellen Kräfte schaffen will, denen ein nationaler Amt der produktiven Kräfte übergeben sein soll. Landwirte, Handwerker, Arbeiter, Techniker und freie Berufe, die in den Handelstämern nicht vertreten sind, sollen berufliche Bezirkskammern bilden, die sich mit den Handelstämern zu der neuen Bildung zusammenschließen sollen. Wenn auch über die Einzelheiten des Gesetzes noch nichts bekannt ist, geht doch die Nachricht, daß man in Frankreich am Aufbau ist, während manche bei uns den Abbau wollen.

Die Streikfrage in England.

Die Vergleiche haben das Ausmaß der Streikbewegungen abgemildert. Es herrscht allgemein die Ansicht, daß die Unternehmern keine weiteren Konzessionen mehr machen werden. Der Streik wird also wohl am 17. April ausbrechen, falls die Regierung keine Untersuchungskommission einsetzt, der vom Bergarbeiterverband unterzeichnete Gesetzentwurf nicht in Kraft gesetzt wird oder die Regierung nicht selbst entsprechende gesetzliche Bestimmungen erläßt. Der Plan der Bergarbeiter sieht einen Winterlohn auf der Basis des Jahres 1914 vor. Der Vorschlag der Regierung bewegt sich in der gleichen Richtung. In Winterlohnfragen der Bergarbeiterorganisationen wird jedoch das wirtschaftliche Problem der Ungleichheit der Gewinne in den verschiedenen Gruben nicht beachtet. Die Vergleiche geben in diesen Fällen zu, daß die Löhne in vielen Produktionsgebieten nicht erhöht werden können, falls das gleiche nicht mit dem Lohnniveau geschieht. Damit "Manchester Guardian" sehen die Vergleiche die Lösung des Problems in der Verhaftung der Gruben. Die Streikbewegungen bereiten sich auf den Kampf gegen diesen Plan vor, als ob sie selbst der Ansicht wären, daß eine Verhaftung eine unannehmliche Konsequenz wäre. Inzwischen haben die Streikbewegungen eine große Menge Beweismaterial gesammelt, um zu zeigen, welche Gefahren in der allgemeinen Erhöhung der Lohnpreise liegen. Reichlich höher die Regierung ein Gesetz, die Befreiung eines obligatorischen Winterlohnes ein, so wird sie mit der heftigen Opposition zu rechnen haben.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Eine tonangebende Grenzleistung.

Die Bergarbeiterverbände aller Richtungen sind sich einig in der Forderung, daß die Löhne aus den Wintererträgen auf die ganze deutsche Wirtschaft verteilt werden müssen. Im Hauptauschuß des preußischen Landtags stellten am 18. März Limberg und Genossen den Antrag, die preussische Regierung möge schleunigt und dringlich auf die Reichsregierung einwirken, daß sie diese Verteilung vornehme, weil jetzt die Löhne fast reiflos auf die Arbeiter abgewälzt werden. Alle Bürgerlichen stimmten dagegen, aber trotzdem wurde der Antrag angenommen, wenn der Kommunist Charakter nicht mit der Bürgerlichen gegen den sozialdemokratischen Antrag gestimmt hätte! Als er von unseren Kameraden gefragt wurde, wie er zu solcher Abstimmung komme, schloß er sich ganz der deutschen Auffassung an, daß wenn durch solche Anträge schwebende Verhandlungen nicht führen sollte! Und so was nennt sich Arbeitervertretung!

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Ein Betriebsführer, wie er nicht sein soll.

Das ist es, was wir gefürchtet haben: Man hat zu allen Zeiten die Beförderung machen können, daß die Unternehmer und die in ihren Diensten stehenden Handlanger aus den gegebenen Verhältnissen heraus ihre Schritte ziehen. Diese Schritte sind sehr realpolitisch eingestuft und bemessen ihr Verhalten der Arbeiterschaft gegenüber nicht nach den Grundsätzen des Treu und Glauben, nach Ehre und Moral, sondern nach den jeweiligen Machtverhältnissen. Die Ausrichtung dieser Einstellung macht sich besonders bei den höheren Beamten bemerkbar. Ein sprechendes Beispiel hierfür ist der Betriebsführer Dovenich von Schacht IV der Zeche Rheinpreußen. Dieser Herr verweigert im Umgang mit den ihm unterstellten Beamten wie Arbeitern, in seiner Weise keine Rücksicht. "Saugunge", "Schweinhund", "Schafkopf" usw. sind die von ihm nicht selten benutzten Strafnamen. Herr Dovenich behauptet seine Denie über ein offenkundiges Verbot in der willkürlichen Zeit seine Intente. Ist etwas nach seiner Meinung nicht in Ordnung, aber liegt ein Versehen vor, dann kriegt dem oder den Schuldigen ein Schwall großer politischer Schimpfwörter an den Kopf, die in keinem Verfall des guten Tons zu finden sind. Jeder, der auf Anstand hält, sucht so wenig als möglich mit ihm in Verbindung zu kommen. Wenn der noble Herr schläft geschlafen hat, sucht seine Raune einen Mitarbeiter.

Wir erinnern uns noch sehr gut einer Zeit, als man auch anders konnte. Es hat man bewiesen, daß man unpassungsfähig ist, auch wenn der Wind mal von der anderen Seite weht. Die Mehrzahl der Beamten und Belegschaftsmitglieder frißt den infolge dieser moralischen Verhöhnung nach aufsteigenden Groll und Haß in dumpfer Wut in sich hinein, veranlaßt darauf, daß eine Zeit anhebt, die der Arbeiterschaft sehr Bewegungsfreiheit gestattet. Augenblicklich laßt die Gungertische über den Köpfen der Arbeiterschaft und läßt sie manchen ertragen, aber nicht vergehen. Einziges Grund vor der nicht ausbleibenden Auseinandersetzung, wenn nicht beizugehen die Vernunft auf Seiten der Arbeiterschaft wieder Eindeutigkeit. Allerdings erfordert es die Gerechtigkeit, festzustellen, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft selbst Schuld trägt, daß solche Verhältnisse eintreten konnten. Unklar sein Handeln bestimmen zu lassen im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen, hat man sich von unverantwortlichen Wirklungen freigeben lassen, daß die Leistungen sind. In Verhandlungen mit den Arbeitern lassen sie die gesamte Arbeiterschaft teuer bezahlen. Offenlich ist das Geld und der Druck, unter dem der deutsche Arbeiter heute leidet, Ursache zur Selbstverleumdung.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 13. Woche (vom 23. bis 29. März) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Nachdem die Wahlen zum Deutschen Reichstag, Bayerischen Landtag und den Gemeindevertretungen in Preußen ausgeschrieben sind, machen wir darauf aufmerksam, daß zu diesen Wahlen Verbandsgelder nicht verwandt werden dürfen. Auch darf in unseren Mitgliederversammlungen keine Wahlpropaganda für einzelne politische Parteien betrieben werden. Da sich die Mitgliedschaft unseres Verbandes aus Angehörigen der verschiedensten politischen Parteien zusammensetzt, so eruchen wir alle Funktionäre und Mitglieder, dies zu beachten.

Jedes Mitglied hat natürlich das Recht, außerhalb des Verbandes für seine politische Ueberzeugung zu wirken. Es liegt aber im Interesse des ferneren Zusammenarbeitens, wenn die Auseinandersetzungen in kameradschaftlicher Weise erfolgen. Unsere Mitglieder haben aber dafür zu sorgen, daß der Reichstag eine Zusammensetzung bekommt, die die einschneidende Berggesetzgebung durch das Reich fördert. Kameraden! Wählt bei den Wahlen der Freiheit den Weg!

Achtung!

Die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung findet am Sonntag, den 6. April 1924, von 2 bis 6 Uhr nachmittags in allen Bahnhöfen statt. Bei der Wahl müssen die Bestimmungen des Statuts und der Wahlordnung (siehe Nr. 4 der "Bergarbeiter-Zeitung" vom 26. Jan. 1924) beachtet werden. Damit die Wahl den Willensausdruck der Mitglieder wiedergibt, ist jedes Mitglied verpflichtet, an der Wahl teilzunehmen.

Adressenveränderungen.

Zugew. Die Postsendungen werden von dem Vertrauensmann Karl Rejzner, Schalkstraße 11, verwaltet. Sämtliche Auszahlungen von Unterhaltungen finden hier statt.

Krankegeldauszahlung.

Kameraden! Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt jeden letzten Sonntag im Monat bei Ww. Kupicper, Johannisstraße, vormittags von 9-12 Uhr.

Der Verbandskammerad Josef Gebhardt, Osterfeld, Poststraße 22, sucht die Adresse seines Vaters Johann Gebhardt, der auf einer Grube in Aachen arbeitet und in Sellnick (Wäbmen), Bezirkshauptmannschaft Dur, geboren ist, zu ermitteln. Zweckdienliche Angaben werden von der vorliegenden Adresse erbeten.

Kameraden, agitiert für den Verband!

Internationaler Anti-Kriegs-Tag 1924 am dritten Sonntag im September.